

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. Ausgabe D. 1946-1950 1948

36 (3.9.1948)

WIRTSCHAFTSREVUE

WIRTSCHAFTS-WOCHENSCHRIFT

Einzel-Preis -.60
Monats-Abonnement DM 2.30

Nr. 38 — 3. Jahrgang 116-Nr. 128 DO AA/1947

Konstanz/Bodensee, 3. September 1948

Ausg. D Preis 60 D-Pfennige

Plan - Komplexe

Die Welt ist voller Pläne. Seit dem Ende des ersten Weltkrieges wurde „geplant“. Es gab einen Dawesplan, einen Young-Plan, einen Hooverplan, und heute haben wir einen Marshall-Plan. Dazu kommt heute ein neuer Plan, über den wir auf Seite 3 ausführlich berichten, der nun wieder anders will als der Marshall-Plan. Es soll versucht werden, innerhalb Europas, vor allem unter Einwirkung der Balkanländer eine gewisse wirtschaftliche Angleichung zu erreichen. Man gibt Mittel aus, mit denen die Südoststaaten kaufkräftiger werden, die dann in Deutschland kaufen sollen, um Nahrungsmitteleinfuhr zu liefern. Das sind Pläne, die von außen an uns herangetragen werden.

Im Innern planen unsere deutschen Wirtschaftsführer. Das Gemeinsame an all diesen Plänen scheint uns wohl erstens zu sein: 1. Daß man den Wirtschaftslauf planen will, aber nicht die Wirtschaftsentwicklung, und 2. (was sich daraus konsequent ergibt), daß nicht versucht wird, den tatsächlichen Bedarf des Einzelnen befriedigen, sondern der Plan einen Bedarf kreiert, wobei nicht sicher ist, ob dieser Bedarf tatsächlich vorhanden ist.

Da diese beiden Punkte logisch ineinander verstrickt sind, wie wir meinen, können wir beide gemeinsam behandeln. Jede Art von Bewirtschaftungssystem regelt den Wirtschaftslauf, d. h. es setzt Preise fest, die also nicht am Markt entstanden sind, und setzt Mengen für Produktion und Absatz fest, ohne Rücksicht auf den Bedarf. Nun sind wir in Deutschland dank der Initiative des Wirtschaftsrates in den meisten Gütern praktisch frei von der Bewirtschaftung.

Jede Preisänderung ist unendlich, aber sie wird verdrängt, wenn sie geringer ist als für die meisten anderen Waren, die hinsichtlich ihrer Preise steigen. Auch wir können aus dieser Entwicklung nicht bestehen. Wir müssen unsere Existenz von 50 Pfg. auf 60 Pfg. heben und sind dann immer noch die billigste Wirtschaftsentwicklung in Deutschland.

Zu unserer Freude ist es uns aber möglich, den Abnehmermarkt für unsere Feststoffe in aller Höhe abzuschöpfen.

Der Monatsabonnementspreis bleibt also der alte mit DM 2.30.

Wirtschaftsrevue-Verlag

Preisdruck von innen und außen

Eisenpreiserhöhung abgelehnt — Das Ausland unterbietet — Industrieproduktion der Doppelzone steigt
Schlechte Steuereingänge — Neukredite bleiben konstant — Neue Pläne für die europäische Wirtschaft

Das Preisproblem steht noch immer im Mittelpunkt der deutschen Wirtschaftsdiskussion. Die starken Spannungen, die sich aus dem Angleichen der Rohstoffpreise an den Weltmarkt, aus der Preiserhöhung für Kohle und der Erhöhung der Gütertarife einerseits ergeben, der auf der anderen Seite eine verhältnismäßig geringe Kaufkraft gegenüber steht, ist von uns mehrfach besprochen worden. In diesem Zusammenhang ist die Feststellung wichtig, daß sich der Außenhandels der Doppelzone nach der Geldreform kräftig erholt hat. So sagte der Generaldirektor der ZIEA, aber nicht nur im Volumen ergeben sich erfreuliche Tendenzen, sondern auch darin, daß eben wegen dieser starken Preissteigerungen weiterhin der alte starren Umrechnungsatz von 1 Mark = 35 Dollar-Cents zu ändern. Es ist beabsichtigt, mit Wirkung vom 1. Oktober ab die D-Mark von Dollar zu lösen und im internationalen Handel als selbständige Währung zu behandeln. Von diesem Termin ab soll die Doppelzone ihre Bezüge aus anderen EKP-Staaten auch in DM beziehen, wobei die Kurrelation von 30 Cents für 1 DM solange bestehen bleibt, bis der internationale Handel eine Vereinbarung des Marktwertes mit sich bringt. Legt man die Zürcher Valutenanweisungen, die wir in jeder Ausgabe veröffentlichten, zugrunde, dann läßt sich leicht nachrechnen, daß in Zürich 100 DM etwa dem Wert von 6-Dollars haben. Die bisherige Umrechnungsrate der ZIEA aber liegt bei 100 DM = 30 Dollar. International hat also die DM nur etwa 27% des Wertes der von der ZIEA zugrunde gelegte wird. Würde Deutschland zu einem solchen Kurs exportieren dürfen, dann wäre es uns im Exportmöglichkeiten nicht bange. Unser Export würde sogar einen großen Aufschwung nehmen. Jedoch muß immer wieder beachtet werden, daß die Importe sich damit erheblich verteuern, und man denke daran, daß z. B. die Doppelzone in den ersten 7 Monaten 1948 für 281 Millionen Dollar exportierte, aber für 323 Millionen Dollar importierte. Gerade bei dem Importpreis aber liegt der wunde Punkt in unserer Preisbildung. Eine weitere Erhöhung der Preise für Importierte

Rohstoffe ist auf keinen Fall mehr zu ertragen, zumal da die „Angleichung“ in Deutschland allen heftig vor sich geht. Dafür ein Beispiel: Die Häuteversteigerung in Hannover, über die wir berichteten, zeigte für deutsche Häute nicht nur wesentlich höhere Preise als die Auktion kurz vorher in Stuttgart, sondern sogar Preise, die 30% über dem Weltmarktdurchschnitt lagen. Das größere hayerische Schafzuchtgebiet haben ihre Preise durchschnittlich um 30-50% erhöht, aber gleichzeitig tauchen in Deutschland Angebote aus verschiedenen Ländern auf, die die Inlandpreise wesentlich unterbieten. So haben die Beneluxstaaten Schönerwolle zu Preisen zwischen 5 und 7 DM je kg angeboten bei einem deutschen Durchschnittspreis von 18-21 Mark. Aus den USA wurden Arbeitswolle mit 14 DM frei Grenze offeriert, im Inland kosten diese durchschnittlich 25 DM ab Fabrik.

So wundert es uns nicht, daß deutsche Wirtschaftsführer über die Einfuhr von Schuhen und Leder befrüwortet als von Rohstoffen. Und doch ist dieser Standpunkt sehr kurzfristig. Eisenpreise Weiter geht in diesem Zusammenhang die Frage der Eisenpreise. In der Nacht vom Montag zum Dienstag hat der Wirtschaftsrat die beantragte Eisenpreiserhöhung abgelehnt mit der Begründung, daß in dem Antrag nur die Preissteigerung aber nicht die preisrelevanten Faktoren, wie z. B. die Erhöhung der Produktionsvolumen, aufgeführt worden seien. Der Antrag stütze sich zunächst im wesentlichen darauf, nur einen Ausgleich für die durch die angeordnete Abschreibung des Auslandsbetrages auf der Basis von 1 DM = 30 Dollarsents bewirkte Erhöhung des Preises für Auslandsrohstoffe herbeizuführen.

Dieses machte auf die Tonne Walzwerkzeugnisse allein 14.50 DM aus. Es waren aber auch vom Inland her in erheblichen Verteuerungen eingetreten, die noch mehr zu Buch schlagen: Die Kohle- und Kokspreise und die dadurch verteuerte Lieferung von Gas und Strom brachten eine zusätzliche Kostenbelastung von 18.50 DM pro t, die Erhöhung der Gütertarife von 3.30 DM je t und die Verteuerung der Inlandpreise von 3.20 DM je t. Das macht insgesamt eine Verteuerung von 43.30 DM je Tonne. Darin schreibt uns unser Korrespondent im Ruhrgebiet: „In der Eisen- und Stahlindustrie war man sich darüber im klaren, daß ein voller Ausgleich vor allem im Hinblick auf die Gefährdung der Exportinteressen kaum zu erreichen sein würde, und daß ein beiderseitiger, aber gefährlicher Versuch gemacht werden müsse, von der reinen kostenmäßigen

Überlegung abzuweichen und marktwirtschaftliche Erwägungen zum Zuge kommen zu lassen. In den Verhandlungen mit der Verwaltung für Wirtschaft wurde ein Vorschlag entwickelt, der eine durchschnittliche Preiserhöhung von lediglich 19 DM für die Tonne Walzwerkzeugnisse vorsah. Dabei war davon ausgegangen worden, daß die Erhöhung der Auslandspreise durch Bereinigung des Exportmehrerlöses für Stahlwerkzeugnisse und für Schrotz ausgeglichen werden könnte, und es war ferner eine Senkung der Kokskpreise von 42 auf 38 DM für die t vorgeschlagen worden. Die Eisen- und Stahlindustrie wollte nach dem Vorschlag den Versuch machen, alle anderen Kosten zu tragen, wobei die lediglich Hoffnung auf einer möglichen weiteren Produktionssteigerung beruhte. Die Kostensteigerungen, die infolge der Erhöhung der individuellen Leistung erwartet werden dürfen, müssen zur Abgabung von Kostensteigerungen dienen, die abgesehen von den ebenerwähnten Belastungen entstanden sind und nicht berücksichtigt sind.“ Nun ist also dieser Antrag auf Preiserhöhung abgelehnt worden. Die Eisenindustrie wird dem Wirtschaftsrat zu beweisen haben, und wahrscheinlich auch beweisen können, daß selbst bei erheblicher Steigerung der Produktion derartige zusätzliche Kostenlasten nicht getragen werden können. Für unser gesamtes Preisgefüge charakteristisch ist die Entscheidung der Eisenpreise. Für die wir hier nur ein Beispiel bringen wollen: Für Güterlocherhosen I betrug der alte Preis 78 RM, der Preis vom 1. April 1948 schon 145 RM und jetzt war eine weitere Erhöhung um 18 DM vorgeschlagen.

Es ist an sich zu begrüßen, daß der Wirtschaftsrat endlich einmal an einer Stelle einen Schritt zu machen versucht und Preisänderungen ablehnt. Wir hätten gewünscht, daß er auch bei der Kohlepreiserhöhung so energisch geantwortet hätte. In diesen Korrespondenzen von Fachleuten, aus denen wir Richter der Landesarbeitsgerichte, eingehender Unterricht im Prozessrecht darüber hinaus aber auch im materiellen Arbeitsrecht erteilt werden. Auch müßte in Form von Übersetzungsverfahren praktisch geworden Streitigkeiten von Klagerhebung bis zur Urteilverkündung durchgesetzt werden. Vor allem aber müßte man sich lösen: Für eine „Schlichtung“ ist der Gegenstand zu small! Man kann nicht in ein paar Wochen lernen, wofür andere ein Leben lang arbeiten! Man muß endlich einmal von dem Gedanken abkommen, als ob Arbeit in Verwaltung und Rechtsprechung etwas sei, was man nicht zu erlernen braucht. Das Märchen vom „gesunden Menschenverstand“ hat hier schon zu große Verwursten angesetzt, als daß wir schäme an dieser weitverbreiteten Meinung vorbeizugehen könnten. Warum soll das Wort „Recht“ ist gelernt“ nur für Berufe und den Arbeitmann, der ohne mit der Wimper zu zucken, das schwere Amt eines Arbeitsrichters, chemisch rein von Kenntnissen und Erfahrungen, völlig unbefähigt von „Wust“ der prozessualen Vorschriften, unfähig, Tarifbestimmungen auszuwerten, geschweize denn das unübersichtliche Gebiet des Arbeitsrechts auch nur zu übersehen, von einem Tag zum andern übernimmt. Zeter und Mordio schreien, wenn man ihn etwa zwingen wollte, sich seinen Windsturm von einem Meisterspinner heranzuziehen zu lassen? Warum wird jeder Fabrikant im ersten Jahr sich von einem Gewerkschaftsmitglied, der den Betrieb überhaupt nicht in seine Arbeit hineinführen lassen? Die Antwort brauchen wir nicht zu geben. Wohl aber soll uns einleuchten, daß die Arbeit, die sich in Arbeit befindet, sich mit aller Entschiedenheit der Recht in Anspruch nehmen, einen eventuellen Streitfall nicht von Dilettanten behandeln zu sehen, sondern von Männern, die über die notwendigen Erfahrungen hier verfügen und die nachweislich mit allen Sinnen wachen, fleißig und standhaft im Vollkommenen stehen. Haben wir solche Menschen, dann allerdings können wir beim Arbeitsrecht, auf „Beruf Richter“ verzichten.

Arbeitsrichter als Beruf

Das Kontrollratsgesetz Nr. 21 vom 20. 3. 1946 bildet die Rechtsgrundlage für die Errichtung der Arbeitsgerichte innerhalb des Gebietes des ehemaligen Reiches. Artikel VI dieses Gesetzes sieht vor, daß der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende der Arbeitsgerichte besondere Befähigung in Arbeitsangelegenheiten haben sollen und auf Grund ihrer früheren Tätigkeit, ihrer Ausbildung oder der Obliegenheiten, die sie in Arbeitnehmer- oder Arbeitgeberverbänden ausgeübt haben, fähig sein müssen, richterliche Aufgaben wahrzunehmen. Sie brauchen nicht Berufsrichter zu sein. Für die Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Landesarbeitsgerichte wird jedoch die Qualifikation zum Richteramt verlangt. Soweit das Gesetzeswort.

Über die damit statuierte Zulassung nicht juristisch vorgebildeter Personen wollen wir, so vieles sich darüber sagen läßt, nicht sprechen.

Uns liegt nur am Herzen, die für die Bestellung der Arbeitsrichter statuierten zureichenden Stellen auf Umstände aufmerksam zu machen, die eine solche Voraussetzung für den Postenbesitzer ebenso ein wichtiges Apparat wie die Justizfunktion auf dem Gebiet des Arbeitsrechts ansehen. Da wäre die, eigentlich selbstverständliche Bitte zunächst auszusprechen, daß alle ersten Vorsitzenden für die Ausübung eines Richteramtes von so weitestgehender Bedeutung die Bildung, die Leistung und das fachliche Können gelten sollte. Ketsenfall darf das Richteramt zum Handelsobjekt der Parteien werden. Das sind wir einfach den Arbeitenden, im weitesten Umfang verstanden, schuldig. Denn vor dem Arbeitsgericht geht es nicht um Parteiliches, sondern die Entscheidung treffen oft sind in Schicksale ein. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß in grundsätzlichen Fragen oder bei ansehnlichem Streitwert Berufungsmöglichkeiten bestehen ist. Es wäre ein nur zu billiger Ausweg, wenn die Gerichte erster Instanz sich bei Abfassung ihrer Entscheidungen auf die bessere Einsicht und Sachkunde des höheren Gerichtes verlassen wollten. Abgesehen von einer teilweise strittigen Überlegung der Berufungswerte würde eine solche Praxis dem Ansehen der Arbeitsgerichte überaus abträglich sein. Und nicht alle Entscheidungen sind berufungsfähig!

Wer aber ist unserer Meinung nach für das Amt eines Arbeitsrichters fähig? Nur derjenige, der über eine fundierte, in der Praxis erprobte Einsicht in das Arbeitsrecht hat. Ein Syndikus einer Handelskammer beispielsweise, der sich bisher nur mit Finanz- und Wirtschaftswissen beschäftigt, dürfte im Arbeitsrecht kaum über die erforderliche einschlägliche Praxis verfügen. Das Gleiche gilt für einen Gewerkschaftssekretär, der ausschließlich mit Organisationsfragen zu tun hatte. Ein Feldherr aber wäre auch die Bestellung eines Gerichtsbeamten der hiesigen mit dem Arbeitsrecht an gut wie gar nicht in Berührung kam. Wenn der Posten des Arbeitsrichters in guten Händen ruhen soll, dann muß er Männern anvertraut werden, die ausreichen mit dem notwendigen Arbeitsrecht aufzuräumen, die sämtliche Zweige der Sozialversicherung beherrschen, Gesetzentwürfe nicht nur lesen, sondern auch ausarbeiten und auswerten verstehen, die in den Entscheidungen der höheren Gerichte zu Hause sind und die — nicht zuletzt! — über eine gesunde, objektive soziale Einstellung verfügen. Gewähr, ein Richter wird auf einmal! Aber es gibt solche Leute. Da muß sich die entsprechende Stelle schon herfinden, die an irgend einem Orte aufzufinden von da soll und aussuchen, hat ihre Pflicht erfüllt. Ähnliches werden es allerdings nicht sein. Aber das Suchen ist der Mühe wert!

Mit dem Suchen allein aber ist es nicht getan. Man wird auch bei den oben bezeichneten Idealtypen auf Widerstände stoßen, die gar nicht zu vermeiden sind. Wir denken dabei besonders an das in Leipzig-Kreislauf-Mafia untergeordnete, umfangreiche Gebiet der prozessualen Vorschriften, die natur-

gemäß auch für das Verfahren vor den Arbeitsgerichten gelten. Der beste Sachkennner des Arbeitsrechts kann in eine solche Lage kommen, wenn er das Prozessrecht nicht genügend beherrscht. Zur Bekämpfung dieser Behauptung brauchen wir nur auf die Unmenge von Entscheidungen zu verweisen, die von höheren Gerichten in Sachen der formalen Prozessführung der ersten Instanz ergingen. Es dürfte für den Arbeitsrichter keine reise Freude bedeuten, laudend Verfahren zur neuen Verhandlung wegen prozessualer Mängel zurückgewiesen zu bekommen! Und wie gefährlich wirkt auf die Öffentlichkeit ein Richter, der sich bei einer Verhandlung in prozessualen Dingen nicht zu helfen weiß! Hier kann es nur eine Lösung geben: Schulungskurse für die künftigen Arbeitsrichter!

In diesen Korrespondenzen von Fachleuten, aus denen wir Richter der Landesarbeitsgerichte, eingehender Unterricht im Prozessrecht darüber hinaus aber auch im materiellen Arbeitsrecht erteilt werden. Auch müßte in Form von Übersetzungsverfahren praktisch geworden Streitigkeiten von Klagerhebung bis zur Urteilverkündung durchgesetzt werden. Vor allem aber müßte man sich lösen: Für eine „Schlichtung“ ist der Gegenstand zu small! Man kann nicht in ein paar Wochen lernen, wofür andere ein Leben lang arbeiten! Man muß endlich einmal von dem Gedanken abkommen, als ob Arbeit in Verwaltung und Rechtsprechung etwas sei, was man nicht zu erlernen braucht. Das Märchen vom „gesunden Menschenverstand“ hat hier schon zu große Verwursten angesetzt, als daß wir schäme an dieser weitverbreiteten Meinung vorbeizugehen könnten. Warum soll das Wort „Recht“ ist gelernt“ nur für Berufe und den Arbeitmann, der ohne mit der Wimper zu zucken, das schwere Amt eines Arbeitsrichters, chemisch rein von Kenntnissen und Erfahrungen, völlig unbefähigt von „Wust“ der prozessualen Vorschriften, unfähig, Tarifbestimmungen auszuwerten, geschweize denn das unübersichtliche Gebiet des Arbeitsrechts auch nur zu übersehen, von einem Tag zum andern übernimmt. Zeter und Mordio schreien, wenn man ihn etwa zwingen wollte, sich seinen Windsturm von einem Meisterspinner heranzuziehen zu lassen? Warum wird jeder Fabrikant im ersten Jahr sich von einem Gewerkschaftsmitglied, der den Betrieb überhaupt nicht in seine Arbeit hineinführen lassen? Die Antwort brauchen wir nicht zu geben. Wohl aber soll uns einleuchten, daß die Arbeit, die sich in Arbeit befindet, sich mit aller Entschiedenheit der Recht in Anspruch nehmen, einen eventuellen Streitfall nicht von Dilettanten behandeln zu sehen, sondern von Männern, die über die notwendigen Erfahrungen hier verfügen und die nachweislich mit allen Sinnen wachen, fleißig und standhaft im Vollkommenen stehen. Haben wir solche Menschen, dann allerdings können wir beim Arbeitsrecht, auf „Beruf Richter“ verzichten.

Kohlensozialisierung nicht genehmigt

Der amtierende Gouverneur von Nordrhein-Westfalen, General Bischoff, hat die Landesregierung davon in Kenntnis gesetzt, daß die britische Militärregierung das von London am 8. August angenommene Gesetz zur Kohlensozialisierung nicht genehmigen könne. Der General weist jedoch darauf hin, daß die britische Arbeiterregierung den deutschen Sozialisierungsbestrebungen grundsätzlich mit Sympathie gegenüberstehe. Es müsse jedoch, mit der Verwirklichung gewarnt werden, bis eine aktionsfähige deutsche Regierung gebildet sei.

In Gewerkschaftskreisen wird in diesem Verbot der Kohlensozialisierung, das nicht überraschend gekommen ist, festgestellt, daß es sich zunächst nur um eine formale Angelegenheit handle, die keine wirtschaftspolitischen Hintergründe habe. Trotzdem sei man von der Entscheidung der britischen Militärregierung enttäuscht.

Demontage aufgehoben

Der Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen teilte mit, daß er aus Frankfurt von der vorläufigen Aussetzung der Demontage einzelner Betriebe in Kenntnis gesetzt worden sei. Es handelt sich insgesamt um 34 Betriebe, von denen 20 unmittelbare Zolleinrichtungen für den Bergbau sind. Der vorläufige Aussetzungsbescheid dieser Werke bedeuft aber, daß keine weiteren, daß es lediglich um die Demontage einzelner Werke geht. — Auch in Rheinland-Pfalz ist für mehr als 30 Betriebe die Demontage ausgesetzt worden.

Kreditle für Demontagebetriebe

Der Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen teilte mit, daß die Wiederaufbauhilfe für die im Rhein-Schreibstift demontierten Betriebe bis zum Ende des Jahres nur 40 Mill. DM erbracht werden. Das Finanzministerium von Nordrhein-Westfalen wolle von sich aus die erste Hilfe 4 Mill. DM bereitstellen. Die Landesregierung sei bereit, Bürgerschaften

und Zinszuschüsse zu übernehmen für Kredite, die den demontierten Betrieben gegebenenfalls von der Wiederaufbaubank zur Verfügung gestellt würden.

Energiekrisis soll überwunden werden

Köln. Mit dem Bau von zwei Hochdruckkraftwerken und einer Vorkammeranlage im rheinischen Braunkohlengebiet soll die energetische Energieerzeugung des Doppelzonen überwunden werden, wie aus Kreisen des rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerkes verlautet. Die zwei neuen Hochdruckkraftwerke sollen eine Kapazität von je 200 000 Kilowatt pro Stunde und die neue Vorkammeranlage ein Leistungsvermögen von 300 000 Kilowatt pro Stunde haben.

Der Bau der Großenergieanlagen erfolgt im Rahmen des Bauprogramms des rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerkes. Die RWE-Gruppe hat für das Bauprogramm des Jahres 1948 40 Millionen DM und für die folgenden Jahre 700 Millionen DM veranschlagt.

Europäischer Zahlungsplan fertiggestellt

Paris. Die Sachverständigen der Marshallplan-Organisation für Europa-Wirtschaft haben den Plan der europäischen Handels- und Zahlungspläne fertiggestellt und werden ihren Bericht am Sonntag unterbreiten. Dieser Plan soll bereits im Oktober in Kraft treten. Er sieht u. a. vor, die Kompensation für die europäischen Gläubigerstaaten, die ihren europäischen Schulden Kredit gewähren, Dollar-Hilfe zu leisten. Die Abwicklung dieser Zahlungen soll, wie verlautet, über die BIZ erfolgen.

USA-Kreditkonditionen in der Türkei

Istanbul. Die türkische Zeitung „Kudret“ meldet, daß in den USA die Gründung eines „Türkisch-Amerikan Oil Company“ vorbereitet werde. In ähnlichen türkischen Kreisen weist man darauf hin, daß die Regierung einen ausländischen Unternehmer keine Kreditkonditionen erteilen würde.

Kein rechtes Messefluidum in Leipzig

Westzonen nur schwach vertreten

Leipzig. Die diesjährige Leipziger Herbstmesse wurde am Sonntag feierlich eröffnet. Obwohl die Messe nach einer Erklärung der Messeleitung im Zeichen der Improvisation steht, zeigt Leipzig mit seiner reichen Beflagung und seinem regen Verkehr das gewohnte Bild früherer Messen. Und trotzdem ist die Atmosphäre in diesem Herbst gedämpfter, da der Ansturm der Aussteller und der Besucher aus dem Westen überall spürbar wird. Ein in letzter Stunde von Messeamt organisierter Autobusverkehr brachte innerhalb der Messe bereits 3300 Messebesucher aus den Westzonen. Insgesamt teilten sich mit etwa 10 000 Besuchern aus den Westzonen. Auch aus dem Ausland sind zahlreiche Besucher in Leipzig eingetroffen. Trotz allem trägt sich diesmal kein rechtes Messefluidum, da die Schatten der großen Politik über der Messefall liegen.

In seiner Eröffnungsansprache bezeichnet Oberbürgermeister Dr. Leipzig der Leipziger Messe als eine Angelegenheit des deutschen Volkes, deren Entwicklung ein genaues Bild der deutschen Wirtschaftssituation zeige. Der Vorsitzende der deutschen Wirtschaftskommission, Heinrich Rau, der nach dem Oberbürgermeister die Wort ergreift, gab seinem Wunsch nach Verwirklichung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands Ausdruck. Er kam dann auf die Schwierigkeiten zu sprechen, die sich dem Interzonenhandel in den Weg stellen, worüber er u. a. die separate Währung, die Aufhebung der Preisstopps in Westdeutschland und die Tatsache verriet, daß gewisse Rohstoffe, wie Kohle und Stahl, auf die die Ostzone besonderen Wert legt, durch den Marshall-Plan zur Ausfuhr nach den Westen bestimmt seien. Die Fortsetzung der Demontage in der westdeutschen Exportindustrie lasse es fraglich erscheinen, zu erklären, ob die westdeutsche Wirtschaft überhaupt in der Lage sein werde, die die ostdeutsche Wirtschaft erzeugenden Waren zu liefern. Ein breiter Interzonenhandel, verknüpft sich nicht mit der Politik des Marshall-Planes und der damit verbundenen Verknüpfung des deutschen Exporthandels. Die Ostzone wünsche, so betonte er, einen stärkeren Interzonenhandel, könne aber nicht werden, bis der Westen liefert. In diesem Zusammenhang unterstrich er die Bereit-

willigkeit der Ostzone, die wirtschaftlichen Beziehungen mit allen Ländern zu vertiefen. Im Ringen um die repräsentativen Teile- und Bekleidungsstücke der Leipziger Messe, ist in diesem Jahr der Andrang bedeutend geringer als in früheren Jahren, da hier nur knapp ein Dutzend Firmen aus dem Westen vertreten sind, deren Zahl bei früheren Messen in die Hunderte ging. Die ausgestellten Dekorationen, Kleider- und Anzugstücke bilden ein qualitativ hochwertiges Angebot. Bei den ausgestellten Luxuswaren fehlen in diesem Jahr vor allem die Offenbacher Lederwaren und die Erzeugnisse der Pfalzheim-Schmuck- und Porzellanindustrie. Bei Büchern, Zeitungen und Papiererzeugnissen sind die Erzeugnisse der größten Firmen der Ostzone vertreten. Auch bei Schuhen stellen vor allem die selbständigen Betriebe der Ostzone aus.

Zum Beispiel wird eine große Anzahl von Befestigungsgeräten aller Sorten angeboten. Der Besuch ist schwach; bei den Abschlägen werden vor allem die billigen Qualitäten bevorzugt, teilweise besteht der Wunsch nach Lieferung auf Kredit.

Einkäufer aus der Ostzone beschwerten sich darüber, daß die Fabriken neben dem Kaufpreis noch Kompensationen verlangen. Die Preise sind im allgemeinen gegenüber der Zeit vor der Währungsreform unverändert.

Das Ausland ist vor allem durch Chemikalien, Papiererzeugnisse, gutes Feinbleistift und Luxusgegenstände vertreten.

In dieser Nummer

Textilpreise in der Klemme
Konservenindustrie braucht Kredit
Klarheit im Tarifrecht
Nahrungsaufgaben in Frankreich
Zinn im Wandel der Zeiten
„England muß hart arbeiten“
Bessere Geldverhältnisse in Europa

Intensivierung des Ost-West-Handels

USA-Sorgen um richtigen Einsatz der ERP-Mittel — Verstärkung des innereuropäischen Güterausstausches Lösung des Zahlungsproblems in Angriff genommen

Der englische Nachrichtendienst brachte die Meldung, daß der europäische Wirtschaftsausschuß der Vereinten Nationen ein Gutachten veröffentlicht habe, in dem die Notwendigkeit der fünf-fachen Steigerung des Handels zwischen Ost- und Westeuropa betont wird. In dem Gutachten heißt es u. a., daß Europa 1952 von amerikanischer Hilfe unabhängig sein müsse. Ende September sollen in Genf Experten über die Steigerung des Ost-Westhandels beraten. Eine Wiederbelebung des Güterausstausches werde für ganz Europa große Vorteile bringen.

Je mehr Dollar mehr aus den von den USA für den Wiederaufbau Europas zur Verfügung gestellten Mitteln abzurufen werden, um so mehr Gedanken machen sich die USA-Wirtschaftsexperten, ob und inwieweit damit das mit dem Marshall-Plan erzielte Ziel, die Wiedergewinnung der europäischen Wirtschaft und damit auch eines echten Wirtschaftswachstums erreicht wird, und ob diese Form der Hilfe auch den erwarteten größten Erfolg verspricht. Immer mehr wird diese Frage in einem lebhaften Diskussionsstadium in der USA-Pressa. Man sucht nach besseren Wegen, die eine „Gesundung von Dauer“ herbeiführen lassen, und betont, daß das Exportierbare Westeuropas bevorzugt auf die Innenbedürfnisse abgestimmt werden sollte. Die Ausnutzung der westeuropäischen Industriekapazität um die Agrarprodukte zu fördern, müsse das Endziel der nationalen und internationalen Planung werden. Die „New York Times“ verteidigt diesen Standpunkt und stellt die Frage, ob das europäische Wiederaufbauprogramm, wie es gegenwärtig beschlossen ist, der richtige Weg zur Lösung der europäischen Probleme ist. „Wenn man die wesentlichen Tatsachen untersucht“, heißt es in dem betreffenden Artikel, „daß Europa sich bei dem gegenwärtigen Plan 1951 nicht insofern selbst unterhalten kann, wie es es nicht besser sein, das ist die Frage, Westeuropa auf einen Normalstand zu stellen, der eine gewisse Stabilität gewährleistet, und die finanzielle Hilfe der USA zu verwenden, um die Quellen für die europäischen Importe in anderen Teilen der Welt zu fördern. Das Blatt meint, daß wahrscheinlich keine Beträge, die in Westeuropa investiert seien, abgezogen werden sollten. Es geht darum, und das ist Aufgabe der ECA, einen Mechanismus zu finden, um die wirtschaftliche Entwicklung zu beschleunigen.“

der europäischen Länder starke Verlagerungen ergeben. Nach „Commerz de l'Europe, Genève“, betrug 1938 der Anteil der Marshall-Plan-Länder an der europäischen Einfuhr aus den USA 28%. Der Rest entfiel auf das übrige Europa. Die Einfuhr aus den USA in die Marshall-Plan-Länder der eigenen Gruppe 78%. Der Rest entfiel auf das übrige Europa. Die Einfuhr nach den Ländern der eigenen Gruppe 81%. Rest entfiel auf das übrige Europa. Anteil der übrigen Länder Europas an der Einfuhr aus den USA 17%. Anteil der übrigen Länder Europas an der Einfuhr nach den Ländern der eigenen Gruppe 14%.

In Millionen Gold-Dollar stellte sich der Außenhandel der Marshall-Plan-Länder und der übrigen europäischen Länder 1938:

	Einfuhr	Ausfuhr
Marshall-Plan-Länder	12.188	8.953
Außenhand stehende Länder	1.711	1.729
Europa	13.899	10.682
Übrige außer-europäische Länder	10.307	11.974
Welt insgesamt	24.206	22.656

Heute zeigt die Entwicklung einen starken Rückgang der handelspolitischen Umstände Europas, vor allem der europäischen Länder, und es wird beträchtliche Anstrengungen bedürfen, wieder das Vorkriegsniveau zu erreichen. Die „Europäische Wirtschaftskommission der UN“ hat festgestellt, daß im Jahre 1938 die „unsicheren“ Einnahmen Europas etwa 21 Mrd. Dollar betragen haben, somit den Einfuhrüberschuß fast decken konnten, während sie 1947 nur noch 6,6 Mrd. Dollar erreichten bei einem europäischen Einfuhrüberschuß von 3,3 Mrd. Dollar. Vor dem Kriege konnte Europa allerdings das Defizit aus seinen Kapitalanlagen, seinen Patente, seinen Frachten, kurz aus Auslandsaktiven decken, heute fehlen diese zum Teil.

Zu diesem besonders besorgniserregenden Problem hat Prof. Dr. B. Späcker in den letzten Tagen in der „Zürcher Zeitung“ Stellung genommen. „Die Krise der

fernt, ein von der Wirtschaftspolitik unabhängiges Mischgüter zu sein, ist gerade ein hervorragendes Symptom dieser inneren wirtschaftlichen Unordnung. Diese ist es, die dafür verantwortlich zu machen ist, daß die bisherigen Dollarmilliarden ihr eigentliches Ziel nicht erreicht haben, nämlich die unterentwickelten Länder durch Wiederherstellung ihres äußeren wirtschaftlichen Gleichgewichtes von weiterer Dollarhilfe unabhängig zu machen. Solange die in der Wirtschaft- und Währungs-politik der europäischen Länder begründete Unordnung fortbesteht, wird auch die Ursache der „Dollarknappheit“ und der Zahlungsbilanzdefizite weiterhin wirksam sein und die dauerhafte Heilung ihres äußeren wirtschaftlichen Gleichgewichtes von weiterer Dollarhilfe unabhängig zu machen. Solange die in der Wirtschaft- und Währungs-politik der europäischen Länder begründete Unordnung fortbesteht, wird auch die Ursache der „Dollarknappheit“ und der Zahlungsbilanzdefizite weiterhin wirksam sein und die dauerhafte Heilung ihres äußeren wirtschaftlichen Gleichgewichtes von weiterer Dollarhilfe unabhängig zu machen. Solange die in der Wirtschaft- und Währungs-politik der europäischen Länder begründete Unordnung fortbesteht, wird auch die Ursache der „Dollarknappheit“ und der Zahlungsbilanzdefizite weiterhin wirksam sein und die dauerhafte Heilung ihres äußeren wirtschaftlichen Gleichgewichtes von weiterer Dollarhilfe unabhängig zu machen.“

Die Marshall-Plan-Länder müssen also drakonische Sparmaßnahmen ergreifen, um einen Ausgleich herbeizuführen und das Defizit soweit es geht herabzudrücken. Wie gesagt, müssen alle irgendwie greifbaren wirtschaftlichen Quellen Europas erschlossen werden, um Devisen zu sparen. Daß man von amerikanischer Seite aus alle in dieser Richtung bestehenden Bestrebungen der Marshall-Plan-Länder voll unterstützt und von sich aus nach Mitteln und Wegen sucht, auch den Handel zwischen Ost- und Westeuropa wieder lebendig in Gang zu bringen, geht bereits aus der Tatsache hervor, daß in diesen Tagen von dem Verwalter des ERP, Hoffmann, zwei Experten nominiert wurden, die die Analyse erhalten, an Ort und Stelle den Umfang der Handelsbeziehungen zwischen Ost- und Westeuropa einschätzen zu studieren. Ebenso wurde ein Befehl für die Entwicklung des Güterausstausches zwischen Ost- und Westeuropa erteilt. Andererseits laufen intensive Verhandlungen um ein europäisches Kredit- und Clearingverfahren zu schaffen, das ebenfalls den wechselseitigen europäischen Güterausstausch fördern soll. Die Länder, die anderen europäischen Handelspartnern gegenüber einen Exportüberschuß verzeichnen, sollen ihren Abnehmer durch Kredite an andere Länder als Empfänger, diesen Überschuß zu erhalten. Als Kompensation für diese Kredithilfe sollen die betr. Über-schüßländer einen entsprechend höheren Anteil an der Marshall-Hilfe erhalten. Ferner müßte die USA einen größeren Aufnahmehörschuß als bisher für europäische Waren setzen. Daß man allmählich Verständnis für diese Notwendigkeit aufzubringen vermag, geht aber auch aus einer Erklärung des ERP-Verwalters hervor: „Die USA können der Welt viele Waren liefern, die es dringend nötig hat.

Wieder europäisches Problem der Wiedergewinnung nur in einer internationalen Wirtschaftsverflechtung, die alle Völker in dem Interesse und dem Willen ein, gemeinsam eine steigende Wohlfahrt für alle zu erkämpfen.“

Nehmer und Geber von Auslandskrediten vergessen so oft eine Grundvoraussetzung der Währung, daß man nämlich einen Dollar zur in Amerika ausgehen kann. Jeder Dollar, der in Amerika ausgeht, muß in der Welt irgendwo durch den Verkauf von Waren in Amerika zu finden sein. Natürlich kann man den Dollar mit anderen ausländischen Währungen tauschen, die ihrerseits in den USA zu finden sind. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß jede Auslandskreditnahme die Einfuhr erhöhen muß. Die sonst noch mögliche Verwendung zur Schuldenerkränkung, Kapitalinvestition im Ausland usw., kann hier beiseite gelassen. Beträufeltes Land etwa die Hilfe aller deutschen Auslandskreditnehmer Verwendung zur Zahlung der Verfallter Reparationen.

Bei wenig entwickelten Ländern ist die Beschaffung der Warenstoffe meistens gerade der Zweck eines Auslandskreditnehmens. Man will Maschinen und Anlagen einführen zur rascheren Entwicklung der vorhandenen Naturschätze und verschafft sich die Zahlungsmittel durch ausländische Kredite, die dann in Laufe der Zeit gelöst werden mit Hilfe der Ausbeute der entwickelten Naturschätze. Ein industriell entwickeltes Land braucht diese Maschinen und Anlagen nicht, es hat sie schon und daher ist ein Import überflüssig. Der Auslandskredit birgt also die Gefahr der Einfuhr von industriellen Waren, die im eigenen Land schon erzeugt werden können. In der Tat hat die Auslandskreditnahme Deutschlands von 1934 bis 1939 eine lebhaft steigende Einfuhr von

Gesamtwirtschaft und Fertigungsbereich und dadurch zur Abmilderung der Arbeitslosigkeit in Deutschland erheblich beigetragen.

Da eine Kreditrückzahlung an das Ausland seitens industrieller Länder nur durch Export von Waren erfolgen kann, die Auslandskreditnahme aber zum Import von Waren zwingt, so liegt sich hier das Problem, vor dem sich der Marshallplan stellt, in seiner ganzen Schärfe. Die Wirtschaftsgeschichte lehrt, daß langfristige Auslandskredite regelmäßig nur an wenig entwickelten Ländern mit Rohstoff- und Nahrungsmittelüberschuß gegengen sind, deren Erzeugnisse einem regulären, schrittweise expandierenden Weltmarkt in der Weltwirtschaft begehrten. Hochentwickelte Industrieländer, die um den Absatz ihrer Produkte auf dem Weltmarkt kämpfen müssen, sind niemals Kreditnehmer, sondern immer Kreditgeber gewesen. Während der Absatz von Rohstoffen und Nahrungsmitteln zwar auch von gelegentlichen Konjunkturschwankungen befallen wird, aber niemals wirklich bedrohliche Rückwirkungen erleidet, hingegen die Absatzrückstellungen des Industrieländer häufig genug eine schwerwiegende Bedrohung der Ernährung- und Arbeitsbedürfnisse ihrer Bevölkerung.

Die Absatzrückstellungen, unter der Europa heute mangelnde Kaufkraft auf dem Weltmarkt leidet, ist durch die Zerstörung des Produktionspotentials verschärft und vergrößert worden. Industrielle Anlagen und Verkehrsrichtungen sind im größten Ausmaß zerstört. Die Hungerbedrohung ist im gegenwärtigen Zeitpunkt eine Dauererscheinung. Die Aufforderung, nur bloße Agrarproduktion zurückzuführen, ist entweder verantwortungslos oder bircht Raumangel und Bodenqualität lassen keine Agrarwirtschaft zu, die ausreicht, um eine Überbevölkerung angelegene Nahrungsmittel zu erzeugen. Will man Europa nicht verhungern lassen oder ihm dauernd Almosen geben, so bleibt nur der Ausbau des Hoopplanes, nämlich der Wiederaufbau der europäischen Industrie.“



Großer Zollabkommen und Deutschland

Die Zulassung Deutschlands und Japans in das Genfer Zollabkommen soll in Betracht gezogen werden. Dies beschloß die Delegation der 22 Nationen, die am 27. August in Genf über eine Erweiterung des Zollabkommens beraten. Der Abgeordnete der Vereinigten Staaten soll konkrete Vorschläge zur Erweiterung des deutschen Außenhandels unter den Bedingungen des Abkommens machen, um eine Verringerung der Besteuerungskosten herbeizuführen.

Bei dem Abkommen handelt es sich um den Abbau der Zollschranken zwischen den Teilnehmerländern. Die Tschechoslowakei und China stimmen gegen die Beratung dieser Vorschläge. Sie wurden jedoch mit 17 Stimmen überstimmt.

Klarheit im Tarifrecht

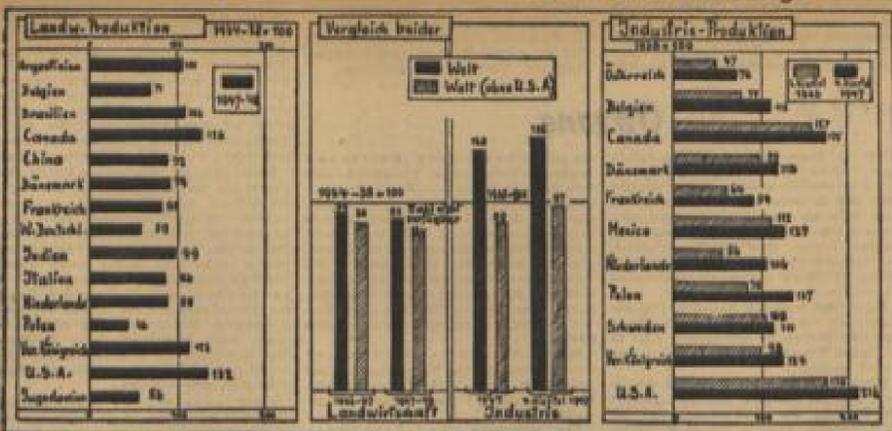
Zustimmungsverfahren — Massenentlassungen — Erziehungsbeihilfen

Wir haben in den letzten Ausgaben auf Zweifelsfragen und Notwendigkeiten hinsichtlich des Arbeitsrechts hingewiesen. Unseren Lesern ist nicht unbekannt, daß es sich um ein Problem handelt, das für jeden, der in der Wirtschaft tätig ist, von Bedeutung ist. Die Arbeitsverhältnisse sind in den letzten Jahren in Deutschland in einem Maße verschlechtert worden, wie es in keinem anderen Land der Welt zu sehen ist. Die Arbeitslosenquote ist auf ein Niveau von über 20% gestiegen. Die Löhne sind im Vergleich zu den Lebenshaltungskosten sinkend. Die Arbeitsverhältnisse sind in den letzten Jahren in Deutschland in einem Maße verschlechtert worden, wie es in keinem anderen Land der Welt zu sehen ist. Die Arbeitslosenquote ist auf ein Niveau von über 20% gestiegen. Die Löhne sind im Vergleich zu den Lebenshaltungskosten sinkend. Die Arbeitsverhältnisse sind in den letzten Jahren in Deutschland in einem Maße verschlechtert worden, wie es in keinem anderen Land der Welt zu sehen ist. Die Arbeitslosenquote ist auf ein Niveau von über 20% gestiegen. Die Löhne sind im Vergleich zu den Lebenshaltungskosten sinkend.

Wir haben in den letzten Ausgaben auf Zweifelsfragen und Notwendigkeiten hinsichtlich des Arbeitsrechts hingewiesen. Unseren Lesern ist nicht unbekannt, daß es sich um ein Problem handelt, das für jeden, der in der Wirtschaft tätig ist, von Bedeutung ist. Die Arbeitsverhältnisse sind in den letzten Jahren in Deutschland in einem Maße verschlechtert worden, wie es in keinem anderen Land der Welt zu sehen ist. Die Arbeitslosenquote ist auf ein Niveau von über 20% gestiegen. Die Löhne sind im Vergleich zu den Lebenshaltungskosten sinkend. Die Arbeitsverhältnisse sind in den letzten Jahren in Deutschland in einem Maße verschlechtert worden, wie es in keinem anderen Land der Welt zu sehen ist. Die Arbeitslosenquote ist auf ein Niveau von über 20% gestiegen. Die Löhne sind im Vergleich zu den Lebenshaltungskosten sinkend.

Wir haben in den letzten Ausgaben auf Zweifelsfragen und Notwendigkeiten hinsichtlich des Arbeitsrechts hingewiesen. Unseren Lesern ist nicht unbekannt, daß es sich um ein Problem handelt, das für jeden, der in der Wirtschaft tätig ist, von Bedeutung ist. Die Arbeitsverhältnisse sind in den letzten Jahren in Deutschland in einem Maße verschlechtert worden, wie es in keinem anderen Land der Welt zu sehen ist. Die Arbeitslosenquote ist auf ein Niveau von über 20% gestiegen. Die Löhne sind im Vergleich zu den Lebenshaltungskosten sinkend. Die Arbeitsverhältnisse sind in den letzten Jahren in Deutschland in einem Maße verschlechtert worden, wie es in keinem anderen Land der Welt zu sehen ist. Die Arbeitslosenquote ist auf ein Niveau von über 20% gestiegen. Die Löhne sind im Vergleich zu den Lebenshaltungskosten sinkend.

Entwicklung der Industrie und Landwirtschaft nach dem Kriege



Die obigen Tabellen zeigen, daß die landwirtschaftliche Entwicklung hinter der industriellen zurückgeblieben ist. (Department für Wirtschaftsangelegenheiten der UN)

Handels. Wir haben in der letzten Ausgabe auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß die Wirtschaftspolitik der Vereinten Nationen, wenn sich die wirtschaftliche Zusammenarbeit über ganz Europa erstreckt ohne Rücksicht auf ideologische oder politische Bindungen.

Dies ist aber nur möglich, wenn man Mittel zur Verfügung stellt, um die Kleinsten des Ostens und Südostens Europas zu finanzieren. Der Weg wurde bereits beschritten. Österreich hat z. B. aus der Marshall-Hilfe 1 Mill. Dollar erhalten für den Ankauf von Kohle in Polen. Ein Beschluß der Vereinten Nationen über die ERP-Verhandlungen in Paris ist in diesem Zusammenhang erwünschenswert. Danach ist es die Absicht der USA, innerhalb aller Möglichkeiten zu tun, um den Handelsverkehr auch mit den nicht zum Marshall-Plan beteiligten osteuropäischen Ländern auszubauen, das eine allgemeine Wiederbelebung des inner-europäischen Warenverkehrs ohne diese Länder nicht durchgeführt werden können. Da die wesentliche Hemmschule die Versorgung Westeuropas mit Lebensmitteln nicht auf unbegründete Zeit voll überhoben werden können, müssen diese Waren, Deutschland wieder in seine früheren Lebensmittelpolitik einschließen. Außerdem bedürfte Deutschland auch der Märkte Osteuropas für den Absatz seiner Industrieprodukte.

Wie steht es nun mit dem Außenhandel Europas auf Gegenseite der Verflechtung haben sich im Außenhandel

Zahlungsbilanzen“, schreibt Böpke, ist eine Krise der Wirtschaftsordnung und kann nur unter diesem Gesichtspunkt gelöst werden. Sie kann nur möglich mit der kollektivistischen Politik der Fiktionen und Illusionen verschwinden, die sie geschaffen hat. Der Außenhandel muß sich nicht um einen Teil eines volkswirtschaftlichen Gesamtprozesses handeln, in dem auf einem Gesamtniveau der Leistung wiederum die richtigen Güter in den richtigen Proportionen erzeugt und der richtigen Verwendung zugeführt werden. Nur von der Beseitigung des Inflationsdrucks und der grundsätzlichen Befreiung der Märkte von Zwang und Fiktion kann aber die Wiederherstellung eines befriedigenden Ordnung- und Antriebsystems in Europa erwartet werden. Wenn dieser Gedanke nicht Allgemeingut wird und sich nicht gegenüber allen Verzerrungen und Beschränkungen durchsetzen kann, so besteht wenig Hoffnung für den Westen. Das internationale Wirtschafts- und Zahlungssystem wird weiter verstricken, und aus dem Marshall-Plan wird bestenfalls eine Art von gigantischem kollektivistischen „Vierjahresplan“ werden müssen einer lähmenden Bürokratie. Das ist die immense Gefahr... Man treibt nicht, so heißt es in anderer Hälfte des Artikels, ungeachtet jenseitigen Art von Wirtschaftspolitik, wie sie in Europa üblich geworden ist, die innere Unordnung der einzelnen Volkswirtschaften besteht in verschiedenen Graden weiter, und die Krise der Zahlungsbilanzen, weit ent-

über als gibt auch viele Produkte, welche andere Länder aus liefern können. Ich will nicht sagen, daß diese Artikel für uns eine unbedingte Notwendigkeit seien, aber es ist nötig, daß wir nicht nur exportieren sondern auch importieren, um gut leben zu können. Dazu kommt noch das Problem der Zölle, Kontingente, Einfuhrbeschränkungen usw. Auf diesen Gebieten müssen die USA Konzessionen machen, wenn sie wünschen, daß andere dies auch tun. Unsere übertriebenen Einfuhrzölle und -beschränkungen schaden uns selbst ebenso sehr, wie sie anderen Ländern schaden. Die USA müssen sogar auf diesem Gebiet die Initiative ergreifen und die künstlichen Schranken wegnehmen. Wir müssen speziell die Zölle herabsetzen, die der Welt begehrte machen, daß wir bereit sind, bei anderen zu kaufen, wie die anderen bei uns kaufen können.“ (Weiteres Pressesattemen zu diesem Thema auf Seite 4.)

Schacht zum Marshall-Plan

Wir bringen in diesem Zusammenhang einen kurzen Auszug aus einem Artikel, den der frühere Reichsbankpräsident, Dr. Hjalmar Schacht in der „Weltwoche“ unter dem Titel „Der Marshall-Plan als Fundament des Wiederaufbaus“, veröffentlicht. Er tritt vor allem für den Hoopplan ein, d. h. für den Wiederaufbau der europäischen Industrie und sieht eine Lösung des brei-

den Arbeitsrechts hingewiesen. Unseren Lesern ist nicht unbekannt, daß es sich um ein Problem handelt, das für jeden, der in der Wirtschaft tätig ist, von Bedeutung ist. Die Arbeitsverhältnisse sind in den letzten Jahren in Deutschland in einem Maße verschlechtert worden, wie es in keinem anderen Land der Welt zu sehen ist. Die Arbeitslosenquote ist auf ein Niveau von über 20% gestiegen. Die Löhne sind im Vergleich zu den Lebenshaltungskosten sinkend. Die Arbeitsverhältnisse sind in den letzten Jahren in Deutschland in einem Maße verschlechtert worden, wie es in keinem anderen Land der Welt zu sehen ist. Die Arbeitslosenquote ist auf ein Niveau von über 20% gestiegen. Die Löhne sind im Vergleich zu den Lebenshaltungskosten sinkend.

Wir haben in den letzten Ausgaben auf Zweifelsfragen und Notwendigkeiten hinsichtlich des Arbeitsrechts hingewiesen. Unseren Lesern ist nicht unbekannt, daß es sich um ein Problem handelt, das für jeden, der in der Wirtschaft tätig ist, von Bedeutung ist. Die Arbeitsverhältnisse sind in den letzten Jahren in Deutschland in einem Maße verschlechtert worden, wie es in keinem anderen Land der Welt zu sehen ist. Die Arbeitslosenquote ist auf ein Niveau von über 20% gestiegen. Die Löhne sind im Vergleich zu den Lebenshaltungskosten sinkend. Die Arbeitsverhältnisse sind in den letzten Jahren in Deutschland in einem Maße verschlechtert worden, wie es in keinem anderen Land der Welt zu sehen ist. Die Arbeitslosenquote ist auf ein Niveau von über 20% gestiegen. Die Löhne sind im Vergleich zu den Lebenshaltungskosten sinkend.

Wir haben in den letzten Ausgaben auf Zweifelsfragen und Notwendigkeiten hinsichtlich des Arbeitsrechts hingewiesen. Unseren Lesern ist nicht unbekannt, daß es sich um ein Problem handelt, das für jeden, der in der Wirtschaft tätig ist, von Bedeutung ist. Die Arbeitsverhältnisse sind in den letzten Jahren in Deutschland in einem Maße verschlechtert worden, wie es in keinem anderen Land der Welt zu sehen ist. Die Arbeitslosenquote ist auf ein Niveau von über 20% gestiegen. Die Löhne sind im Vergleich zu den Lebenshaltungskosten sinkend. Die Arbeitsverhältnisse sind in den letzten Jahren in Deutschland in einem Maße verschlechtert worden, wie es in keinem anderen Land der Welt zu sehen ist. Die Arbeitslosenquote ist auf ein Niveau von über 20% gestiegen. Die Löhne sind im Vergleich zu den Lebenshaltungskosten sinkend.

Handelsabkommen Schweiz - Doppelzone

Enttäuschung in der Schweiz — Skepsis in Deutschland

Zwischen der Schweiz und der Doppelzone wurde als Ergänzung des im Juni abgeschlossenen Zahlungsabkommens ein Handelsabkommen abgeschlossen, von dem man eine Intensivierung des handelsrechtlichen Verkehrs erwartet. Dadurch ist der Handel mit der Doppelzone wieder auf die Grundlage eines normalen Güterverkehrs nach vertraglich festgelegten Warenlisten gestellt. Die Schweiz wird an die Doppelzone Waren im Werte von 30 Mill. Dollar oder 130 Mill. Fr. liefern, darunter Nahrungsmittel und landwirtschaftliche Erzeugnisse, wie kondensierte Milch, Milchpulver, Zuckerröhren, Käse und Früchte, ferner Chemikalien, Textilien, Maschinen, elektrische Geräte, Uhren und Uhrenteile sowie Präzisionsinstrumente.

Dafür wird die Doppelzone Hydro-, Chemikalien, photographische Materialien, Typen, Textilien, Poliermaterial, Maschinen, Werkzeugmaschinen, elektrische Geräte, Eisen- und Stahlkonstruktionen, Fabrikate, Leichtfahrzeuge, Leder- und Glaswaren, Porzellan, Möbel, Musikinstrumente, Klaviere, Spielwaren und Sportgeräte an die Schweiz liefern. Der Wert dieser Lieferungen wird jedoch nicht angegeben.

Der Zahlungsverkehr wird sich über Frankenkonto bei der Schweizerischen Nationalbank abwickeln. Das Zahlungsabkommen gilt für unbestimmte Zeit, ist aber jederzeit kündbar.

In Schweizer Industrie- und Handelskreisen ist man, wie aus der Schweizer Presse zu entnehmen ist, über das Abkommen stark enttäuscht, da es wieder nicht gelungen ist, ein umfassendes Waren- und Zahlungsabkommen zu erreichen. So schreibt z. B. das schweizerische Wirtschaftsblatt "Frans und Wirtschaft", man habe mit dem neuen Vertrag der Schweiz erneut die Fühlung über die Grenzen verloren. Die desillusionierte J.E.I.A. weigert alle Vertragsverträge für sich in Abbruch zu lassen, um möglichst hohe Exportüberschüsse zu erzielen, die in freien Devisen transferiert werden müssen. Auch die "Basler Nachrichten", die zwar einen gewissen Fortschritt darin zu sehen glauben, daß das neue Warenabkommen in etwas verstärkter Maß auch die Bezahlung von Dienstleistungen vorsehe, seien sie in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Warenabkommen stehen und daß die J.E.I.A. eine erhöhte Einfuhr aus der Schweiz in Aussicht gestellt hat, nachdem aus ihrer Entschädigung kein Hehl, daß allgemeine Dienstleistungen, Versicherungen, Reiseverkehr und Kapitalgüter wieder leer ausgingen und auch für die Schweizer Prozessoren keine Devisenunterstützung zur Verfügung sei, während amerikanische Zahlungen in beliebiger Menge nach Deutschland eingeführt werden können.

In deutschen Wirtschaftskreisen hofft man zwar auf erhöhte Bestände aus der

Schweiz, doch macht sich innerhalb eines gewissen Skepsis bemerkbar, weil die J.E.I.A. wegen ihrer ungünstigen Devisenbilanz ein unerbittliches Interesse an möglichst hohen Exportüberschüssen hat. Die in freien Devisen bzw. in Dollars zu überweisen sind.

Die Schweiz für den europäischen Wiederaufbau

In einem Bericht des Bundesrates zur Realisierung des Marshallabkommens, der die Notwendigkeit der Beteiligung der Schweiz an europäischen Wiederaufbau betont, wird festgestellt, daß sich die Beiträge der Schweiz an Hilfsvorhaben für die geschädigte Bevölkerung und an Nachkriegskrediten auf 15 Mrd. Fr. belaufen. In dem Bericht heißt es u. a., daß die schweizerische Neutralität zwar die Teilnahme an einem solchen oder verknüpfte politischen Bündnis verbiete, daß aber die Neutralität als natürliche Ergänzung der Neutralität die Schweiz dazu zwinge, an der wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas mitzuarbeiten.

Kredite an das Ausland

Das Guthaben der Schweiz im Clearing mit Deutschland betrug Ende Juni 1948 107 Mrd. Fr. Die Einfuhr aus Deutschland im Jahre 1947 erreichte nur rund 7% und die Einfuhr im ersten Halbjahr 1948 nur 4,3%. Der schweizerischen Gesamteinfuhr gegenüber 25-27% vor dem Krieg, während die Ausfuhr in der gleichen Zeit nur 13% bzw. 23% gegenüber 55-62% in den Vorkriegsjahren betrug. Unter Berücksichtigung der Geldverzinsung und der Preissteigerungen wurde dem auf Deutschland entfallenden Anteil des schweizerischen Export ein Aufschwung von mindestens 200 Mill. Fr. eingeschätzt.

Die Clearing-Vorläufe der Schweiz im Zusammenhang mit Italien belaufen sich Ende Juni auf insgesamt etwa 200 Mill. Fr. Eine generelle Tilgung dieser schweizerischen Guthaben konnte nicht angestrebt werden, doch würde Italien historische Zusammenhänge, die eine beschränkte Reduktion der Clearing-Vorläufe ermöglichen und die Grundlage für eine spätere Tilgung schaffen.

Ende Juni belaufen sich die dem Ausland bewilligten Kredite auf insgesamt 786 Mill. Fr. einschließlich des Kredites an Schweden in Höhe von 30 Mill. Fr. Der Kredit an die Tschechoslowakei in Höhe von 18 Mill. Fr. wurde nicht in Anspruch genommen.

Die Entwicklung der Verhältnisse im Waren- und Zahlungsverkehr mit dem Ausland veranlaßt die Schweiz zu einer wesentlichen Veränderung der Außenhandlungspolitik.

Weiter hat der Bundesrat die Nationalbank ermächtigt, der Bank von Frank-

reich durch zwei Reportgeschäfte auf 25 und 15 Mill. insgesamt 40 Mill. Fr. vorzuschützen, die Anfang Juli 1948 zurückgezahlt werden sollen. Die französische Regierung versuchte mit Rücksicht darauf, daß die französische Ausfuhr in die Schweiz nur langsam in Gang kommt, um eine Verlängerung der beiden Reportgeschäfte, welchen Ersatzes stattgefunden würde, 1 Mill. Fr. wurden als Abschlagszahlung auf das Reportgeschäft von 15 Mill. Fr. unverzüglich überwiesen, der Rest soll spätestens am 1. September 1948 bezahlt werden. Das am 1. Juli fällige Reportgeschäft von 25 Mill. Fr. wurde um 3 Monate verlängert.

Im Zeichen der Hochkonjunktur

Auf dem Geld- und Kapitalmarkt zeigen die Finanzsätze seit einiger Zeit eine gewisse Anspannung. Der Privatmarkt der Jahreslauf 1948 und im ersten Halbjahr 1948 13% betrug, sank auf 11-12%. Auch die Zinssätze für Kassadiskontierungen haben im zweiten Halbjahr 1948 etwas wie die Zinssätze für Hypothekendarlehen im ersten Halbjahr angezogen. Der Goldbestand hat vom Ende März auf Ende Juni um 24 Mill. der Devisenbestand um 31 Mill. zugenommen. Der Notenumlauf

erhöhte sich in der gleichen Zeit um 36 Millionen.

Die gute Beschäftigung der Industrie und des Gewerbes hat im allgemeinen gehalten. Der Arbeitsmarkt weist nur 1800 Arbeitslose auf, wogegen in berufstätige Ausländer in den ersten 5 Monaten 1948 80 000 Erlöse- und Aufnahmabewilligungen erteilt wurden. Die stärksten Nachfrager sind Fremdarbeiter heranziehend im Baugewerbe und in der Landwirtschaft.

Der Außenhandel zeigt im ersten Halbjahr 1948 ein stabiles Export- und Importniveau. Die wertmäßige Steigerung des Imports (Export 1300 Mill. Fr., Import 1311 Mill. Fr.) ist fast für das erste Halbjahr 1948 ein Bilanzdefizit von 1129 Mill. Fr. ergibt. Auch im Binnenhandel waren die Umsätze in den Monaten April bis Juni monatlich 2-3% höher, als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Der Fremdenverkehr zeigt ebenfalls ein stabiles Bild. Der Einreiserverkehr zeigt im ersten Halbjahr eine Erhöhung des Personenverkehrs um 3,7% und des Güterverkehrs um 14,4%.

In den Bundesländern wirkte sich die Rekordausfuhr des ersten Halbjahrs in einer weiteren Steigerung der Zollentnahmen aus. Die gesamten Zolleinstenahmen belaufen sich im ersten Halbjahr 1948 auf 448,5 Mill. gegenüber 474,9 Mill. Fr. im Vorjahr.

Hohe Steuereingänge in Belgien

Brüssel, Der letzte von der belgischen Nationalbank veröffentlichte Vierteljahresbericht stellt einen Rückgang der Deponen fest. Im letzten Vierteljahr sind die Deponen um 10% gesunken. Die Mittel der Banken zur Verfügung stehenden betrug unter Berücksichtigung der Geldverzinsung und der Preissteigerungen wurde dem auf Deutschland entfallenden Anteil des schweizerischen Export ein Aufschwung von mindestens 200 Mill. Fr. eingeschätzt.

Die Clearing-Vorläufe der Schweiz im Zusammenhang mit Italien belaufen sich Ende Juni auf insgesamt etwa 200 Mill. Fr. Eine generelle Tilgung dieser schweizerischen Guthaben konnte nicht angestrebt werden, doch würde Italien historische Zusammenhänge, die eine beschränkte Reduktion der Clearing-Vorläufe ermöglichen und die Grundlage für eine spätere Tilgung schaffen.

Ende Juni belaufen sich die dem Ausland bewilligten Kredite auf insgesamt 786 Mill. Fr. einschließlich des Kredites an Schweden in Höhe von 30 Mill. Fr. Der Kredit an die Tschechoslowakei in Höhe von 18 Mill. Fr. wurde nicht in Anspruch genommen.

Die Entwicklung der Verhältnisse im Waren- und Zahlungsverkehr mit dem Ausland veranlaßt die Schweiz zu einer wesentlichen Veränderung der Außenhandlungspolitik.

Weiter hat der Bundesrat die Nationalbank ermächtigt, der Bank von Frank-

reich durch zwei Reportgeschäfte auf 25 und 15 Mill. insgesamt 40 Mill. Fr. vorzuschützen, die Anfang Juli 1948 zurückgezahlt werden sollen. Die französische Regierung versuchte mit Rücksicht darauf, daß die französische Ausfuhr in die Schweiz nur langsam in Gang kommt, um eine Verlängerung der beiden Reportgeschäfte, welchen Ersatzes stattgefunden würde, 1 Mill. Fr. wurden als Abschlagszahlung auf das Reportgeschäft von 15 Mill. Fr. unverzüglich überwiesen, der Rest soll spätestens am 1. September 1948 bezahlt werden. Das am 1. Juli fällige Reportgeschäft von 25 Mill. Fr. wurde um 3 Monate verlängert.

Der Außenhandel zeigt im ersten Halbjahr 1948 ein stabiles Export- und Importniveau. Die wertmäßige Steigerung des Imports (Export 1300 Mill. Fr., Import 1311 Mill. Fr.) ist fast für das erste Halbjahr 1948 ein Bilanzdefizit von 1129 Mill. Fr. ergibt. Auch im Binnenhandel waren die Umsätze in den Monaten April bis Juni monatlich 2-3% höher, als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Der Fremdenverkehr zeigt ebenfalls ein stabiles Bild. Der Einreiserverkehr zeigt im ersten Halbjahr eine Erhöhung des Personenverkehrs um 3,7% und des Güterverkehrs um 14,4%.

In den Bundesländern wirkte sich die Rekordausfuhr des ersten Halbjahrs in einer weiteren Steigerung der Zollentnahmen aus. Die gesamten Zolleinstenahmen belaufen sich im ersten Halbjahr 1948 auf 448,5 Mill. gegenüber 474,9 Mill. Fr. im Vorjahr.

Weiter hat der Bundesrat die Nationalbank ermächtigt, der Bank von Frank-

Auftrieb der US-Kohlenpreise hält an

Die seit dem Frühjahr auf dem industriewirtschaftlichen Sektor der Vereinigten Staaten erneut zunehmende Anspannung war die unmittelbare Folge der Inangriffnahme des amerikanischen Verteidigungsprogramms.

Zwar haben sich die primären Veränderungen an den USA-Metallmärkten — soweit sie die arbeitslosen Preise betreffen — mit Ausnahme von Blei und Zinn bisher noch in vertretbaren Grenzen gehalten, obwohl die Nachfrage fortgesetzt das Angebot übersteigt. Dafür hat jedoch die anziehende Tendenz der amerikanischen Kohlenpreise seit der zweiten Jahreshälfte einen weiteren Auftrieb erfahren.

Angesichts des hohen Produktionsniveaus und der guten Verdienstkraft der amerikanischen Industrie sowie im Hinblick auf die allgemeine Geschäftskonjunktur mag die Verunsicherung der Kohlenpreise, die auf der Unkostensteigerung der Wirtschaft bei normalem Geschäftsgang erheblich ins Gewicht fällt, in Anspruch genommen werden. Dies kann sich aber bei einer Verlagerung der Geschäftstätigkeit auf Rohmaterialien als allgemeine Preissteigerung nicht bemerkbar machen.

Das langsame aber stetige Ansteigen der amerikanischen Kohlenpreise kann überhaupt als typisch für die Entwicklung der ganzen Konjunktur in den USA angesehen werden.

Im April 1948 betrug der Kohlenpreis 13,54 Dollar je Tonne, Mitte 1948 stieg er auf 16,48 Dollar und Anfang Januar 1949 auf 18,28 Dollar. Die fortgesetzten Preissteigerungen sind durch die erhaltenden Verbesserungen der Arbeitsbedingungen — Einführung von Arbeitszeiten im Kohlenbergbau — sowie der Lohnbedingung, die John L. Lewis für die amerikanische Bergbauindustrie in den vergangenen Jahren erzwungen hat, und die den Bergbau zum höchstbezahlten Arbeiter in den USA gemacht haben.

Als Folge der von John Lewis im Juli 4,3. erzielten neuen Lohnaufbesserung sind die Kohlenpreise, die zuletzt im Juni auf 18,70 Dollar heraufgesetzt worden waren, in der zweiten Julihälfte weiter auf 19,85 Dollar oder um rund 7% erhöht worden. Es liegt auf der Hand, daß sich die Verunsicherung eines solchen Grundproduktes wie Kohle in Verbindung mit den gleichfalls schärfen Preisen für Eisen und Stahl auf dem gesamten Fertigungsspektrum in der amerikanischen Wirtschaft auswirken muß.

Die tiefere Ursache für diese Entwicklung sind in der Tendenz zur Verknappung der Produktion sowohl im Bergbau wie in der Landwirtschaft zu suchen, die beide unter dem Geiste des abnehmenden Bodenertrages stehen. Dem steigenden Kosten auch nur durch eine steigende Mechanisierung entgegenzusetzen. Dieser ganze Aufwand wird nicht nur auf die Vereinigten Staaten beschränkt bleiben, sondern sich im Laufe der Zeit auch auf die industriemächtigsten Länder, auf Westeuropa sowie auf Asien und Afrika ausbreiten. Je nach dem Tempo der agrarwirtschaftlichen und industriellen Neuerwerbungen dieser großen und wichtigen Gebiete.

Nachdem Ford die Preise für seine Wagen erhöht hat, kündigt nun auch Chrysler Preissteigerungen für 11 seiner Wagen an. Er z. zw. zwischen 50 und 90 Dollar, darunter "Chrysler", "De Soto", "Dodge" und "Plymouth".

Die Summe der persönlichen Einkommen in den USA lag 1947 mit 180 Mrd. Dollar 5% über dem Durchschnitt des Vorjahres und erreichte damit eine Rekordhöhe. Es entfielen demnach 1322 Dollar

auf den Kopf der amerikanischen Bevölkerung.

Die wichtigsten Wirtschaftszahlen aus den USA werden wie folgt ausgewiesen: (1947/38 = 100)

	31. Aug.	14. Aug.
Großhandelspreis-Index	160,8	169,3
Industrieindex	177,7	177,0
Geschäftstätigkeits-Index	184,8	185,8
Kapazitätsauslastung der Stahlindustrie	82,2%	84,4%
Stahlproduktion	1 112 400 t	1 178 500 t
Kohlenproduktion	11 400 000 t	12 100 000 t
Produzierte Automobile (inkl. Canada)	113 847 Stk.	112 100 Stk.

Ausbau der Handelsflotte

Präsident Truman kündigte den ungetriebenen Ausbau der USA-Handelsmarine an. Für das Haushaltsjahr 1949 hat der Kongress 94 Mill. Dollar bewilligt, für das laufende Haushaltsjahr sind 84 Mill. Dollar vorgesehen, so daß für das Ausbauprogramm zunächst 178 Mill. Dollar zur Verfügung stehen. Zu diesem Ausbauprogramm erklärte Truman, daß die USA-Handelsmarine mit einer entsprechenden Anzahl geeigneter Schiffe ausgestattet werden, um den Bedürfnissen des internationalen Handels und der Verteidigung gerecht zu werden.

Filmgeschäft — Filmdividenden

New York, Die Einnahmen aus dem Export amerikanischer Filme nach Europa werden für 1948 auf etwa 70 Mill. Dollar geschätzt gegenüber 120 Mill. Dollar im Jahre 1946 und 90 Mill. im Jahre 1947. Man rechnet mit einem weiteren Rückgang der Einnahmen in den nächsten Jahren. Auch die Anzahl von Hollywood-Filmen im ersten Halbjahr stark gesunken, während sich die Anzahl von Filmunternehmensgruppen in einer stetigen Arbeitslosigkeit aus Filmgeschäft vergrößert haben. Die neue Arbeitsweise, die von der "Republic Steel Corp." und der "Babcock and Wilcox Steel Tube Corp." entwickelt wurde und in großen und kleinen Betrieben anwendbar ist, ermöglicht eine beträchtliche Senkung der Produktionskosten.

Wollte dieses Verfahren allgemein eingeführt werden, so könnte sich die Senkung der Produktionskosten auch in den Ausfuhrpreisen auswirken. Meist jedoch finden diese sparsamen Neuerungen vorerst einen Niederschlag in den Dividenden.

Japaner werden Antikörper-Zinsen zahlen

Wie aus Washington gemeldet wird, hat sich Jugoslawien bereit erklärt, für die vor dem Krieg von den jugoslawischen Regierungen ausgegebenen dollaranleihaften Zinsen zu zahlen und die Anleihen zurückzahlen, sobald es seine wirtschaftliche Lage gestattet.

Kaiser-Fraser in Holland

Die amerikanischen Kaiser-Fraser Autos werden beschuldigt, nachdem bereits zahlreiche amerikanische Firmen in Holland Zweigbüros errichtet haben, ein Montagewerk bei Rotterdam zu errichten. Das neue Unternehmen wird mit einem Stammkapital von 1,8 Mill. holl. und mit einem 4%igen Vorzugskapital von 1,4 Mill. holl. arbeiten. Beide sind bereits platziert. Das amerikanische Stammkapital ist mit 64 Mill. holl. beteiligt.

Kaiser-Fraser in Holland

Die amerikanischen Kaiser-Fraser Autos werden beschuldigt, nachdem bereits zahlreiche amerikanische Firmen in Holland Zweigbüros errichtet haben, ein Montagewerk bei Rotterdam zu errichten. Das neue Unternehmen wird mit einem Stammkapital von 1,8 Mill. holl. und mit einem 4%igen Vorzugskapital von 1,4 Mill. holl. arbeiten. Beide sind bereits platziert. Das amerikanische Stammkapital ist mit 64 Mill. holl. beteiligt.

Kaiser-Fraser in Holland

Die amerikanischen Kaiser-Fraser Autos werden beschuldigt, nachdem bereits zahlreiche amerikanische Firmen in Holland Zweigbüros errichtet haben, ein Montagewerk bei Rotterdam zu errichten. Das neue Unternehmen wird mit einem Stammkapital von 1,8 Mill. holl. und mit einem 4%igen Vorzugskapital von 1,4 Mill. holl. arbeiten. Beide sind bereits platziert. Das amerikanische Stammkapital ist mit 64 Mill. holl. beteiligt.

Kaiser-Fraser in Holland

Die amerikanischen Kaiser-Fraser Autos werden beschuldigt, nachdem bereits zahlreiche amerikanische Firmen in Holland Zweigbüros errichtet haben, ein Montagewerk bei Rotterdam zu errichten. Das neue Unternehmen wird mit einem Stammkapital von 1,8 Mill. holl. und mit einem 4%igen Vorzugskapital von 1,4 Mill. holl. arbeiten. Beide sind bereits platziert. Das amerikanische Stammkapital ist mit 64 Mill. holl. beteiligt.

Kaiser-Fraser in Holland

Die amerikanischen Kaiser-Fraser Autos werden beschuldigt, nachdem bereits zahlreiche amerikanische Firmen in Holland Zweigbüros errichtet haben, ein Montagewerk bei Rotterdam zu errichten. Das neue Unternehmen wird mit einem Stammkapital von 1,8 Mill. holl. und mit einem 4%igen Vorzugskapital von 1,4 Mill. holl. arbeiten. Beide sind bereits platziert. Das amerikanische Stammkapital ist mit 64 Mill. holl. beteiligt.

Kaiser-Fraser in Holland

Die amerikanischen Kaiser-Fraser Autos werden beschuldigt, nachdem bereits zahlreiche amerikanische Firmen in Holland Zweigbüros errichtet haben, ein Montagewerk bei Rotterdam zu errichten. Das neue Unternehmen wird mit einem Stammkapital von 1,8 Mill. holl. und mit einem 4%igen Vorzugskapital von 1,4 Mill. holl. arbeiten. Beide sind bereits platziert. Das amerikanische Stammkapital ist mit 64 Mill. holl. beteiligt.

Kaiser-Fraser in Holland

Die amerikanischen Kaiser-Fraser Autos werden beschuldigt, nachdem bereits zahlreiche amerikanische Firmen in Holland Zweigbüros errichtet haben, ein Montagewerk bei Rotterdam zu errichten. Das neue Unternehmen wird mit einem Stammkapital von 1,8 Mill. holl. und mit einem 4%igen Vorzugskapital von 1,4 Mill. holl. arbeiten. Beide sind bereits platziert. Das amerikanische Stammkapital ist mit 64 Mill. holl. beteiligt.

Kaiser-Fraser in Holland

Die amerikanischen Kaiser-Fraser Autos werden beschuldigt, nachdem bereits zahlreiche amerikanische Firmen in Holland Zweigbüros errichtet haben, ein Montagewerk bei Rotterdam zu errichten. Das neue Unternehmen wird mit einem Stammkapital von 1,8 Mill. holl. und mit einem 4%igen Vorzugskapital von 1,4 Mill. holl. arbeiten. Beide sind bereits platziert. Das amerikanische Stammkapital ist mit 64 Mill. holl. beteiligt.

Kaiser-Fraser in Holland

Die amerikanischen Kaiser-Fraser Autos werden beschuldigt, nachdem bereits zahlreiche amerikanische Firmen in Holland Zweigbüros errichtet haben, ein Montagewerk bei Rotterdam zu errichten. Das neue Unternehmen wird mit einem Stammkapital von 1,8 Mill. holl. und mit einem 4%igen Vorzugskapital von 1,4 Mill. holl. arbeiten. Beide sind bereits platziert. Das amerikanische Stammkapital ist mit 64 Mill. holl. beteiligt.

Kaiser-Fraser in Holland

Die amerikanischen Kaiser-Fraser Autos werden beschuldigt, nachdem bereits zahlreiche amerikanische Firmen in Holland Zweigbüros errichtet haben, ein Montagewerk bei Rotterdam zu errichten. Das neue Unternehmen wird mit einem Stammkapital von 1,8 Mill. holl. und mit einem 4%igen Vorzugskapital von 1,4 Mill. holl. arbeiten. Beide sind bereits platziert. Das amerikanische Stammkapital ist mit 64 Mill. holl. beteiligt.

Kaiser-Fraser in Holland

Die amerikanischen Kaiser-Fraser Autos werden beschuldigt, nachdem bereits zahlreiche amerikanische Firmen in Holland Zweigbüros errichtet haben, ein Montagewerk bei Rotterdam zu errichten. Das neue Unternehmen wird mit einem Stammkapital von 1,8 Mill. holl. und mit einem 4%igen Vorzugskapital von 1,4 Mill. holl. arbeiten. Beide sind bereits platziert. Das amerikanische Stammkapital ist mit 64 Mill. holl. beteiligt.

Kaiser-Fraser in Holland

Die amerikanischen Kaiser-Fraser Autos werden beschuldigt, nachdem bereits zahlreiche amerikanische Firmen in Holland Zweigbüros errichtet haben, ein Montagewerk bei Rotterdam zu errichten. Das neue Unternehmen wird mit einem Stammkapital von 1,8 Mill. holl. und mit einem 4%igen Vorzugskapital von 1,4 Mill. holl. arbeiten. Beide sind bereits platziert. Das amerikanische Stammkapital ist mit 64 Mill. holl. beteiligt.

Kaiser-Fraser in Holland

Die amerikanischen Kaiser-Fraser Autos werden beschuldigt, nachdem bereits zahlreiche amerikanische Firmen in Holland Zweigbüros errichtet haben, ein Montagewerk bei Rotterdam zu errichten. Das neue Unternehmen wird mit einem Stammkapital von 1,8 Mill. holl. und mit einem 4%igen Vorzugskapital von 1,4 Mill. holl. arbeiten. Beide sind bereits platziert. Das amerikanische Stammkapital ist mit 64 Mill. holl. beteiligt.

Kaiser-Fraser in Holland

Die amerikanischen Kaiser-Fraser Autos werden beschuldigt, nachdem bereits zahlreiche amerikanische Firmen in Holland Zweigbüros errichtet haben, ein Montagewerk bei Rotterdam zu errichten. Das neue Unternehmen wird mit einem Stammkapital von 1,8 Mill. holl. und mit einem 4%igen Vorzugskapital von 1,4 Mill. holl. arbeiten. Beide sind bereits platziert. Das amerikanische Stammkapital ist mit 64 Mill. holl. beteiligt.

Sanierungsaufgaben in Frankreich

Nach dem Scheitern Reynauds

Nach dem Scheitern des Rücktritts der Regierung Marle-Reynaud nach nur gerade einem Monat des Amtsintritts besteht, heißt das in der Problematik hineinzuweisen, die vor der Berufung Reynaud zum Finanzminister bestand und nach seinem Abgang für seinen Nachfolger fortbestehen wird. Es kommt diesem Umstand daher keineswegs bloß augenblicklich bestehendes ephemeres Interesse entgegen.

Über seinen Gesundheitsplan, von dem man zunächst bloß weißte, daß er einschneidende Maßnahmen bringen werde, hatte Reynaud strenge Stillschweigen bewahrt, bis ihm das Parlament nach lebhaften Auseinandersetzungen die außerordentlichen Vollmachten erteilt hatte, deren er zur Durchführung seines Planes zu bedürfen meinte. Die grundsätzliche Zustimmung des Ministerrates zu den Absichten Reynauds vorfindliche die nach Bekanntheit der Einzelheiten seines Planes in einer Aussprache, bei der lakonische Parteilösungen das Landinteresse in den Hintergrund treten ließ. Gegenüber, die man für unüberwindlich halten wollte, führte zu dem Sturz der Regierung Marle, die eine Abgabe vor allem an Reynaud und damit an seinen entscheidenden Willen bedeutete, eine verlorene Lage durch systematische Eingriffe zu korrigieren.

Was hatte Reynaud gewollt? Sein Ziel war seine nächsten Umgebung bekanntgegebenes Programm gibt darüber Aufschluß. Der schweizerische Finanzminister hatte als Sofortmaßnahme vorgeschlagen, 1. Kürzung der staatlichen Subventionen für die installierten Betriebe von 130 auf 12 Mrd. Fr. und strenge Kontrolle der Geschäftsausführung dieser Betriebe, 2. Kürzung des Militärausgaben um 30 Mrd., 3. daß dieser nur noch 2% des ordentlichen Haushalts gegen bisher 7% zugemessen hätte, 4. beträchtliche Einsparungen bei der strikten Verwaltung, 5. harte Erbschaften und Strafenmaßnahmen bei Privatwägen und Militärsachen in der Privatpolitik, 6. Kürzung der Lohnsätze um ein Drittel und Erhöhung der Familienbeihilfen um 1%. Als langfristige Maßnahmen waren für den Beginn des kommenden Jahres geplant: 1. Rückkehr zur freien Lohnbildung, die Löhne sollten nicht mehr von der Regierung festgesetzt sondern in Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern festgesetzt werden, 2. Bildung eines Vermögensübertragungs, damit unabhängig von den Devisenschwankungen auf solcher Basis geschäftliche Verträge geschlossen werden könnten.

Dieses Programm Reynauds, das dessen grundsätzliche Einstellung in entscheidenden Fragen der französischen Wirtschaft deutlich erkennen läßt, setzt voraus, daß sich die Bevölkerung Frankreichs im all-

gemeinen mit der Handhabung gewisser Grundregeln abfinden werde, die die Herabsetzung der Subventionen für die installierten Betriebe zweifellos erforderlich gemacht hätten. Es war von Reynaud außerdem, wie auf anderem Wege bekannt geworden ist, eine Erhöhung der Erbschaft- und Privatsteuern geplant. Die Arbeiterschaft im besonderen hätte sich mit einer Herabsetzung der Lohnsätze und Erhöhung der Familienbeihilfen zufrieden geben müssen. Diese Zusammenhänge berühren grundsätzliche Punkte der französischen Wirtschaft. Die installierte Partei, der der Ministerratpräsident der letzten Regierung vor dem ersten Kabinett Schuman-Reynaud angehört, unterließ indessen, wie verlobt, die Forderung direkter Lohnsenkungen. Der Staatstil ihrer Vertreter in der Regierung soll der für den Reynaud-Plan negative Ausgang des entscheidenden Ministerrates auszusprechen sein.

Der Regierungswandel in Frankreich trat das Land, ohne daß gleichzeitig gesagt werden könnte, wahr andere Linie, und von welcher anderen starken Persönlichkeit verfügt, in der französischen Finanz- und Wirtschaftspolitik eingehalten werden könnte. Was Reynaud wollte, stellte sich ihm als eine der möglichen Lösungen dar. Mit Reynaud treten nicht auch die Probleme, die zu lösen waren, ab. Sie stehen sich auf die zweite Regierung Schuman fort. Diese Bewußtsein lautet auf der französischen Öffentlichkeit "Figure" gab ihm Ausdruck, als er erklärte, es sei eine gefährliche Illusion zu glauben, Frankreich könne um die von Reynaud verlangten Spar- und Rationalisierungsmaßnahmen herumkommen. Jede künftige Regierung werde das gleiche versuchen müssen wie Paul Reynaud, nur mit dem großen Unterschied, daß es unter weit ungünstigeren Voraussetzungen erfolgen würde.

Kohlenversorgung vor Wintereinsatz
Im ersten Halbjahr 1948 erreichte die französische Kohlenproduktion 5,3 Mill. t oder ungefähr 80% der vorausgesetzten Förderung, die für das ganze Jahr mit 22 Mill. t veranschlagt worden war. Wenn man vom Monat August absieht, der wegen der Unfallschäden und wegen der Streiks in einigen Bergwerken Nordfrankreichs als schlechter Kohlenmonat bezeichnet werden kann, darf man hoffen, daß die französische Kohlenproduktion im Jahre 1948 zufriedenstellend ausfallen wird.

Die Kohlenlieferungen, die im ersten Halbjahr 1948 11,3 Mill. t erreichten, werden in der zweiten Jahreshälfte zurückgehen. Die Bestände an dem Verein. Staaten werden eine Herabsetzung von 800 000 t auf 400 000 t im Monat erreichen, vor allem weil die amerikanischen Kohle so teuer ist. Die Importe aus England

würden wegen des Devisenmangels geringer, worauf wir in Nr. 24 hinwiesen.

Im Winter 1948 werden Frankreich kaum mehr als 70 Mill. t Kohle zur Verfügung stehen, während man mit 72 Mill. t gerechnet hatte. Doch wird von dieser Verminderung der größeren Kohlenmengen die Arbeit der wichtigsten Industrien sowie die Elektrizität- und Gasversorgung und der Eisenbahnverkehr kaum beeinträchtigt werden. Ein Kohlenmangel wird sich zunächst in der Privatwirtschaft auswirken.

Hohe Eisen- und Stahlproduktion

Die französische Eisen- und Stahlproduktion lag im Juli 4. j. beträchtlich über dem Vorkriegsstand. Die Rohstahlerzeugung erreichte 607 000 t gegen 504 000 t im Monatsdurchschnitt des Jahres 1947. Die Stahlproduktion stellte sich im Juli dieses Jahres auf 523 000 t im Vergleich zu 519 000 t im Monatsdurchschnitt des Jahres 1947 und 479 000 t im Monatsdurchschnitt des Jahres 1947.

Kohle- und Eisenexport

Die Eisenexporten Frankreichs können in Anbetracht der zunehmenden Versorgung mit Kohle und elektrischer Energie zufriedenstellend arbeiten. Sie erreichte im Juli dieses Jahres 400 000 t gegen 353 000 t im Monatsdurchschnitt des Jahres 1947 und 321 100 t im Monatsdurchschnitt des Jahres 1947.

Binnenschifffahrt im Wachstum

Der Güterumschlag auf dem Flüssen und Kanälen Frankreichs zeigt eine steigende Tendenz. Im Juni dieses Jahres wurden 1 090 000 t auf den verschiedenen Binnenschiffahrtswegen befördert, gegen 1 232 000 t im Juni 1947. Eine weitere Steigerung der Transporte auf dem Wasserwege ist durchaus möglich, denn normalerweise in den Kohlenregion Nordfrankreichs liegen noch mehrere hundert Kühnlein, die es an notwendigen Frachtgut fehlt im Bezirk von Strasbourg ist eine bemerkenswerte Steigerung der Schifffahrt eingetreten, die Befragungen auf dem Oberrhein gelangen sich für den Schiffsverkehr außerordentlich günstig.

Neue Produktion

Die Erzeugung von Stropzweimen soll von zwei Fabriken in der Gegend von Paris im Oktober aufgenommen werden. Zunächst werden monatlich 100 000 kg hergestellt, nach einem Jahr sollen die beiden Betriebe 200 kg pro Monat produzieren. Sie können damit wesentlich zur Deckung des französischen Bedarfs von 1 000 kg im Monat beitragen. Im ersten Halbjahr 1948 führte Frankreich 800 kg Stropzweimen ein.

Realisierung bedeutender Mittel für die staatliche Sozialversicherung zurückgeführt wird. Diese Weile fast ganz bezahlt wieder ab und der letzte Wehenzustand der belgischen Nationalbank zeigt bereits eine Verminderung des Notenumlaufs um 600 Mill.

Rückgang der Ausfuhr

Der Außenhandel Belgiens weist im Juli gegenüber dem Vormonat einen Rückgang aus, der zum Teil auf den Metallarbeitertreue und zum Teil auf den beschränkten Arbeiterurlaub zurückzuführen wird. Eine Einfuhr im Werte von 6,9 Mrd. holl. steht eine Ausfuhr von 5,4 Mrd. gegenüber. Im Juli betrug die Ausfuhr 6,3 Mrd. holl.

Erhöhung der Zinssätze

Im ersten Halbjahr 1948 betrug die Notenumlauf 210 L. wovon 622 t aus den USA eingeführt wurden. Für das ganze Jahr 1948 rechnet man mit einer Einfuhr von rund 20 000 t, davon 17 000 t aus den USA, 1947 wurden 18 300 t Rohstahl und 1833 17 333 t eingeführt.

Verkleinerung der Fischereiflotte

Die belgische Fischereiflotte bestand 1947 aus 44 Kisten mit 28 100 BRT gegenüber 510 Schiffen mit 50 000 BRT 1928. Im laufenden Jahr sollen 18 Kisten mit 2883 BRT aus dem Dienst gestrichen werden. Trotz geringerer Zahl an Schiffen ist die Fischereiflotte heute leistungsfähiger als vor dem Krieg.

Neue Zementwerke

Ein neues belgisches Zementwerk wurde für die Dauer von 15 Jahren genehmigt. Man erhofft sich davon eine Stabilisierung der Preise und eine Verbesserung der Zementqualität.

Fransische Käufe in Belgien

In Paris finden zur Zeit Verhandlungen über französische Anleihen in Belgien statt. Frankreich stehen zu Klaffen in anderen Ländern als den USA aus dem Marshall-Plan 13 Mill. Dollar zur Verfügung.

Güterpreise

Ende August wurde in Gent die internationale Flandern-Wiese eröffnet, der besondere Bedeutung zukommt, da Gent als der Sitz der künftigen Raumverläufe in Aussicht genommen ist.

Fransische Käufe in Belgien

In

Welt-Warenmärkte

Bessere Getreideernten in Europa

Alle europäischen Getreideernten erfordern in diesem Jahr weit bessere Erträge als im Vorjahr. Das haben unsere Leser aus den vielen kleinen Berichten an dieser Stelle schon entnehmen können.

Die Wintergetreide wird als besser als das Sommergetreide betrachtet. Die Winterernte wird als besser als die Sommerernte betrachtet. Die Winterernte wird als besser als die Sommerernte betrachtet.

Die Sommerernte wird als besser als die Winterernte betrachtet. Die Sommerernte wird als besser als die Winterernte betrachtet. Die Sommerernte wird als besser als die Winterernte betrachtet.

Die Winterernte wird als besser als die Sommerernte betrachtet. Die Winterernte wird als besser als die Sommerernte betrachtet. Die Winterernte wird als besser als die Sommerernte betrachtet.

Die Sommerernte wird als besser als die Winterernte betrachtet. Die Sommerernte wird als besser als die Winterernte betrachtet. Die Sommerernte wird als besser als die Winterernte betrachtet.

Die Winterernte wird als besser als die Sommerernte betrachtet. Die Winterernte wird als besser als die Sommerernte betrachtet. Die Winterernte wird als besser als die Sommerernte betrachtet.

Table with 2 columns: Country, Wheat yield (1947/48 vs 1946/47). Includes Belgium, Denmark, France, Germany, etc.

Table with 2 columns: Country, Wheat yield (1947/48 vs 1946/47). Includes Italy, Netherlands, Poland, etc.

Table with 2 columns: Country, Wheat yield (1947/48 vs 1946/47). Includes Sweden, Switzerland, etc.

Die Winterernte wird als besser als die Sommerernte betrachtet. Die Winterernte wird als besser als die Sommerernte betrachtet. Die Winterernte wird als besser als die Sommerernte betrachtet.

Die Sommerernte wird als besser als die Winterernte betrachtet. Die Sommerernte wird als besser als die Winterernte betrachtet. Die Sommerernte wird als besser als die Winterernte betrachtet.

Die Winterernte wird als besser als die Sommerernte betrachtet. Die Winterernte wird als besser als die Sommerernte betrachtet. Die Winterernte wird als besser als die Sommerernte betrachtet.

Die Sommerernte wird als besser als die Winterernte betrachtet. Die Sommerernte wird als besser als die Winterernte betrachtet. Die Sommerernte wird als besser als die Winterernte betrachtet.

Die Winterernte wird als besser als die Sommerernte betrachtet. Die Winterernte wird als besser als die Sommerernte betrachtet. Die Winterernte wird als besser als die Sommerernte betrachtet.

Die Sommerernte wird als besser als die Winterernte betrachtet. Die Sommerernte wird als besser als die Winterernte betrachtet. Die Sommerernte wird als besser als die Winterernte betrachtet.

Die Winterernte wird als besser als die Sommerernte betrachtet. Die Winterernte wird als besser als die Sommerernte betrachtet. Die Winterernte wird als besser als die Sommerernte betrachtet.

Die Sommerernte wird als besser als die Winterernte betrachtet. Die Sommerernte wird als besser als die Winterernte betrachtet. Die Sommerernte wird als besser als die Winterernte betrachtet.

Die Winterernte wird als besser als die Sommerernte betrachtet. Die Winterernte wird als besser als die Sommerernte betrachtet. Die Winterernte wird als besser als die Sommerernte betrachtet.

Die Sommerernte wird als besser als die Winterernte betrachtet. Die Sommerernte wird als besser als die Winterernte betrachtet. Die Sommerernte wird als besser als die Winterernte betrachtet.

Die Winterernte wird als besser als die Sommerernte betrachtet. Die Winterernte wird als besser als die Sommerernte betrachtet. Die Winterernte wird als besser als die Sommerernte betrachtet.

Die Sommerernte wird als besser als die Winterernte betrachtet. Die Sommerernte wird als besser als die Winterernte betrachtet. Die Sommerernte wird als besser als die Winterernte betrachtet.

Die Winterernte wird als besser als die Sommerernte betrachtet. Die Winterernte wird als besser als die Sommerernte betrachtet. Die Winterernte wird als besser als die Sommerernte betrachtet.

Die Sommerernte wird als besser als die Winterernte betrachtet. Die Sommerernte wird als besser als die Winterernte betrachtet. Die Sommerernte wird als besser als die Winterernte betrachtet.

Die Winterernte wird als besser als die Sommerernte betrachtet. Die Winterernte wird als besser als die Sommerernte betrachtet. Die Winterernte wird als besser als die Sommerernte betrachtet.

In- und Auslandsbörsen

Belagte Preise im August erfordern die Lage auf dem Abnehmernmarkt in Westdeutschland.

Die Londoner Goldmarkete sind im Juli um 20% erhöht. Goldmarkete sind im Juli um 20% erhöht.

Die Hamburger Börse ist im Juli um 20% erhöht. Die Hamburger Börse ist im Juli um 20% erhöht.

Die Berliner Börse ist im Juli um 20% erhöht. Die Berliner Börse ist im Juli um 20% erhöht.

Die Münchener Börse ist im Juli um 20% erhöht. Die Münchener Börse ist im Juli um 20% erhöht.

Die Stuttgarter Börse ist im Juli um 20% erhöht. Die Stuttgarter Börse ist im Juli um 20% erhöht.

Die Frankfurter Börse ist im Juli um 20% erhöht. Die Frankfurter Börse ist im Juli um 20% erhöht.

Die Breslauer Börse ist im Juli um 20% erhöht. Die Breslauer Börse ist im Juli um 20% erhöht.

Die Warschauer Börse ist im Juli um 20% erhöht. Die Warschauer Börse ist im Juli um 20% erhöht.

Die Londoner Goldmarkete sind im Juli um 20% erhöht. Die Londoner Goldmarkete sind im Juli um 20% erhöht.

Die Hamburger Börse ist im Juli um 20% erhöht. Die Hamburger Börse ist im Juli um 20% erhöht.

Die Berliner Börse ist im Juli um 20% erhöht. Die Berliner Börse ist im Juli um 20% erhöht.

Die Münchener Börse ist im Juli um 20% erhöht. Die Münchener Börse ist im Juli um 20% erhöht.

Die Stuttgarter Börse ist im Juli um 20% erhöht. Die Stuttgarter Börse ist im Juli um 20% erhöht.

Die Frankfurter Börse ist im Juli um 20% erhöht. Die Frankfurter Börse ist im Juli um 20% erhöht.

Die Breslauer Börse ist im Juli um 20% erhöht. Die Breslauer Börse ist im Juli um 20% erhöht.

Die Warschauer Börse ist im Juli um 20% erhöht. Die Warschauer Börse ist im Juli um 20% erhöht.

Die Londoner Goldmarkete sind im Juli um 20% erhöht. Die Londoner Goldmarkete sind im Juli um 20% erhöht.

Die Hamburger Börse ist im Juli um 20% erhöht. Die Hamburger Börse ist im Juli um 20% erhöht.

Die Berliner Börse ist im Juli um 20% erhöht. Die Berliner Börse ist im Juli um 20% erhöht.

Die Münchener Börse ist im Juli um 20% erhöht. Die Münchener Börse ist im Juli um 20% erhöht.

Die Stuttgarter Börse ist im Juli um 20% erhöht. Die Stuttgarter Börse ist im Juli um 20% erhöht.

Die Frankfurter Börse ist im Juli um 20% erhöht. Die Frankfurter Börse ist im Juli um 20% erhöht.

Die Breslauer Börse ist im Juli um 20% erhöht. Die Breslauer Börse ist im Juli um 20% erhöht.

Die Warschauer Börse ist im Juli um 20% erhöht. Die Warschauer Börse ist im Juli um 20% erhöht.